

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5025

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5025](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5025)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



# KONZERN- VERANTWORTUNG

**Infoblatt für Parlamentarier:innen  
Wintersession 2024**

## **SCHWEIZ**

- Lancierung neue Konzernverantwortungsinitiative
- 100'000 Unterschriften in 30 Tagen?

## **INTERNATIONAL**

- Niederlande eröffnet Vernehmlassung zu CSDDD-Umsetzungsgesetz
- EU verabschiedet Verordnung gegen Produkte aus Zwangsarbeit

## **HANDLUNGSBEDARF**

- Gold aus Problem-Mine landet in der Schweiz
- Nichts bleibt in Namibia, ausser der giftige Abfall
- Schweizer Agrarkonzerne profitieren von Abholzung im Amazonas



# Neue Konzernverantwortungsinitiative: Lancierung im Januar

Verschiedene Fälle von Menschenrechtsverletzung und Umweltzerstörung, die regelmässig in den Medien publiziert werden, zeigen, wie gross der Handlungsbedarf beim Thema Konzernverantwortung in der Schweiz nach wie vor ist: Schweizer Raffinerien beziehen Gold aus Minen, die dramatische Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in der Umgebung haben. Ein Schweizer Rohstoffhändler hinterlässt 300'000 Tonnen hochgiftiges Arsen trioxid in einer Deponie in Namibia. Und internationale Agrarkonzerne nutzen die Schweiz als Drehscheibe für Geschäfte, die zu Regenwaldabholzung beitragen. (Siehe weitere Informationen dazu unter «Handlungsbedarf» in diesem Infoblatt.)

Die Konzernverantwortungsinitiative scheiterte 2020 knapp am Ständemehr, 50.7% der Stimmberechtigten haben die Initiative unterstützt. Das wichtigste Gegenargument war laut VOX-Analyse, der «Alleingang», den die Schweiz mit der Konzernverantwortungsinitiative gemäss Bundesrat und Gegenkampagne eingeschlagen hätte.

Doch seither ist international viel passiert: Länder wie Deutschland, Frankreich und Norwegen haben heute Konzernverantwortungsgesetze und die EU hat dieses Jahr einheitliche Regeln beschlossen, die bald in allen EU-Mitgliedsstaaten gelten werden. In ganz Europa werden also nun Konzernverantwortungsgesetze eingeführt – ausser in der Schweiz. Hier hat der Bundesrat bislang auf Zeit gespielt und lediglich angekündigt, im Frühling 2025 über das weitere Vorgehen entscheiden zu wollen.

Eine breite Koalition aus der Zivilgesellschaft möchte verhindern, dass die Schweiz bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung ist und lanciert deshalb im Januar 2025 eine neue Konzernverantwortungsinitiative. Sie soll sicherstellen, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz künftig für problematische Geschäfte geradestehen müssen.

Die Initiative orientiert sich inhaltlich eng an der entsprechenden EU-Richtlinie (CSDDD) und setzt auf die gleichen Elemente: Eine Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und Umweltbestimmungen nach internationalen Standards (OECD-Leitsätze und UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte) und eine Klimapflicht, damit Konzerne ihre Emissionen reduzieren. Damit sich alle an die Regeln halten, sollen Konzerne für angerichtete Schäden vor Gericht geradestehen, eine Aufsicht kann bei Verstössen Bussen aussprechen. Die Initiative ermöglicht der Schweiz ein international abgestimmtes Vorgehen, nimmt aber gleichzeitig auch auf Besonderheiten im Schweizer Kontext Rücksicht.

## Die Schweiz liegt heute weit zurück. Die neue Initiative ermöglicht ein international abgestimmtes Vorgehen:

		GELTENDES RECHT IN DER SCHWEIZ	NEUE EU-REGELUNG	NEUE KONZERN-VERANTWORTUNGS-INITIATIVE
<b>Pflichten</b>	Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und Umwelt	x (nur für Kinderarbeit + Konfliktmineralien)	✓	✓
	Klimapflicht (Verbindliche Absenkpfade für CO <sub>2</sub> -Emissionen)	x	✓	✓
<b>Haftung</b>	für kontrollierte Unternehmen (Tochterfirmen)	x	✓	✓
	bis in die Lieferkette	x	✓	x
<b>Aufsicht</b>	Aufsichtsstelle mit Sanktionskompetenz	x	✓	✓

## SCHWEIZ

# 100'000 Unterschriften in 30 Tagen?

Die Schweiz ist beim Thema Konzernverantwortung im Rückstand. Für die Koalition für Konzernverantwortung ist klar, dass das Thema nicht länger auf die lange Bank geschoben werden darf. Um die Dringlichkeit des Anliegens zu unterstreichen, haben sich die Initiant:innen ein ambitioniertes Ziel vorgenommen: Die neue Konzernverantwortungsinitiative soll in nur 30 Tagen gesammelt werden – und will damit einen neuen Rekord aufstellen!

Um dieses Ziel zu erreichen, organisieren aktuell tausende Freiwillige im ganzen Land Standaktionen, die sie im Januar 2025 durchführen möchten. Zur Vorbereitung haben schon unzählige Sitzungen stattgefunden, von Altdorf bis Binningen und von Davos bis Bernex. Bereits sind fast 1'000 Standaktionen geplant!

Das hohe Engagement quer durch die Bevölkerung zeigt, wie gross die Unterstützung für das Thema Konzernverantwortung in der Schweiz ist.

## INTERNATIONAL

# Niederlande eröffnet Vernehmlassung zu CSDDD-Umsetzungsgesetz

Am 25. Juli 2024 trat die neue europäische Konzernverantwortungsrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD) in Kraft. Die EU-Mitgliedstaaten haben nun bis Sommer 2026 Zeit für die nationale Umsetzung.

Vier Monate später hat in den Niederlanden die neue rechtskonservative Regierung ihren Entwurf für das nationale Umsetzungsgesetz bereits in die öffentliche Vernehmlassung geschickt. Diese dauert bis Ende Jahr. Das Gesetz regelt die Sorgfaltspflichten für Menschenrechts- und Umweltrisiken bei weltweiten Geschäften, die Klimamassnahmen zur Emissionsreduktion im Hinblick auf das 1.5°C-Ziel und ergänzt die bestehenden Haftungsbestimmungen des niederländischen Rechts. Zudem setzt es die Authority for Consumers and Markets (ACM) als Aufsichtsbehörde ein und regelt, dass diese Massnahmen anordnen und Bussen bis zu 5% des weltweiten Umsatzes verhängen darf. Der Dachverband der niederländischen Wirtschaft VNO-NCW hatte sich öffentlich für die EU-Richtlinie eingesetzt, wie auch Dutzende niederländische KMU und bekannte Grossunternehmen wie Unilever, KLM, AkzoNobel, Philips oder Heineken.



**BERN** Die Koalition für Konzernverantwortung will es nochmals wissen: Sie lanciert eine neue Initiative. In einem Monat sollen die Unterschriften da sein.

50,7 Prozent sagten im November 2020 nach einem heftigen Abstimmungskampf Ja zur Konzernverantwortungsinitiative. Das Anliegen aus NGO-Kreisen scheiterte jedoch am Ständekollegium. Das Thema bleibt dennoch aktuell: Die Koalition für Konzernverantwortung lanciert zum Jahreswechsel eine neue Volksinitiative.

**«Es braucht neue Initiative»**  
Der frühere Mitte-Nationalrat Dominique de Buman sitzt im Vorstand der Organisation und bestätigt die Pläne. Der Bundesrat habe versprochen, beim

Thema Konzernverantwortung international abgestimmt vorzugehen. «Jetzt werden in ganz Europa Konzernverantwortungsgesetze eingeführt, aber in der Schweiz kommt die Diskussion nicht voran. Deshalb braucht es eine neue Konzernverantwortungsinitiative», so der Nationalratspräsident vor 2018. Im Hintergrund laufen nun die Vorbereitungen für die heisse Phase im Januar. Dabei wird der finale Initiativtext wohl erst gegen Ende des Jahres publik. «Er wird sich eng an den internationalen Standards

und der neuen EU-Richtlinie orientieren», verrät de Buman. Ziel sei es, dass Konzerne wie Glencore in die Verantwortung genommen würden.

**«Rekordsammlung»**  
Eigentlich hätten die Initianten 18 Monate Zeit, um die nötigen 100'000 Unterschriften zu sammeln. Das Ziel ist aber deutlich ambitionierter: Bis Ende Januar sollen alle Unterschriften bereits zusammengelassen sein – obwohl es Komitees wegen des Unterschriftenkandals derzeit schwer haben und der Januar wetterbedingt ein schwieriger Monat ist. «Ich sehe jeden Tag an den orangenen Fahnen im ganzen Land, wie viele Menschen bereit sind, sich für das Thema Konzernver-

wortung zu engagieren», so de Buman. Mit der «Rekordsammlung» solle ein «starkes Zeichen an die Politik» gesendet werden. Tatsächlich wäre eine derart rasche Sammlung ein Rekord in der Geschichte der Schweizer Demokratie.

**Richtlinien der EU**  
In der EU gelten seit diesem Sommer neue Richtlinien für grosse Konzerne mit Sitz in einem EU-Land. Betroffen sind Firmen, die global über 1000 Mitarbeitende beschäftigen und einen Umsatz von 450 Millionen Euro und mehr aufweisen. Diese werden unter anderem verpflichtet, dafür zu sorgen, dass keine Umweltstandards oder Menschenrechte verletzt werden. CHRISTOF VUILLE

20 Minuten, 4. Oktober 2024

Die neue Konzernverantwortungsinitiative soll in nur 30 Tagen gesammelt werden.

# EU verabschiedet Verordnung gegen Produkte aus Zwangsarbeit

Am 19. November 2024 hat der Rat der EU die Verordnung gegen Produkte aus Zwangsarbeit endgültig verabschiedet. Produkte, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden, dürfen somit nicht länger auf dem EU-Binnenmarkt in Verkehr gebracht oder bereitgestellt werden. Auch die Ausfuhr aus der Union wird verboten. Aufsichtsbehörden überwachen die Einhaltung. Die Verordnung wird in ihrer Gesamtheit nach drei Jahren, also Ende 2027, direkt anwendbar.

Mehr Infos:





## Gold aus Problem-Mine landet in der Schweiz

Die New Liberty Goldmine befindet sich im westafrikanischen Liberia, rund 100 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Monrovia. In den vergangenen Jahren traten immer wieder giftige Stoffe wie Kupfersulfat oder Cyanid aus der Mine aus und gelangten in die Umwelt, zuletzt im Mai 2023.

Doch nicht nur die Umwelt leidet unter den problematischen Bedingungen in der Mine. Ende Februar dieses Jahres protestierten Arbeiter der Mine gegen New Liberty. Sie beklagten schlechte Arbeitsverträge, Umweltverschmutzung und mangelnde Sicherheit in den Stollen. Wiederholt waren Kumpel unter Tage ums Leben gekommen. Am 28. Februar 2024 wurden die Proteste von der Polizei blutig niedergeschlagen, vier Menschen wurden getötet. Daraufhin sandte das liberianische Parlament

ein Untersuchungskomitee zur Mine. Dieses stellte diverse Sicherheitsrisiken fest, nicht zuletzt bei den Lüftungssystemen und Notausgängen in den Stollen. Es hält zudem fest, dass Todesfälle verhindert worden wären, hätte das Bergbauunternehmen auf die Warnungen der Angestellten gehört.

Das Gold aus der New Liberty Mine wird bis heute von MKS Pamp verarbeitet. MKS Pamp hat seinen Sitz in Genf und betreibt im Tessin eine Goldraffinerie.

**Mehr Infos:**





## Nichts bleibt in Namibia ausser der giftige Abfall

Eine neue Recherche zeigt, wie der Genfer Metallhandelskonzern IXM über Jahre stark arsenhaltiges Kupfererz in Tsumeb, Namibia, verarbeiten liess – mit dramatischen Auswirkungen auf die Arbeiter und die Umwelt. IXM kaufte belastetes Kupfererz aus verschiedenen Minen, organisierte und finanzierte den Transport nach Tsumeb, und hatte anschliessend die exklusiven Rechte für die Abnahme des verarbeiteten Kupfers. Das Schmelzen von solch «dreckigen» Erzen ist in vielen Ländern verboten. IXMs Geschäftspartner DPM nutzte die schwache Regulierung Namibias, um im Schmelzprozess anfallendes hochtoxisches und karzinogenes Arsen trioxid dort einfach unter freiem Himmel zu lagern.

Heute liegt in Tsumeb die vermutlich grösste Arsendeponie der Welt. Laut Hochrechnungen von ehemaligen leitenden Mitarbeitern der Schmelzerei lagern hier rund 300'000 Tonnen des nachweislich krebserregenden Stoffes. Bei starkem Wind wird das Pulver in die Umgebung verweht, sagen Bewohner:innen von Tsumeb. Die Deponie liegt zudem über einer Grundwasserquelle von nationaler Bedeutung und hätte laut Expert:innen nie an dieser Stelle angelegt werden dürfen.

Schon seit Jahren beklagen sich Bevölkerung und Arbeiter über gesundheitliche Probleme, die sie auf Emissionen

der Schmelzerei und die Arsendeponie zurückführen. Tests vom August 2024 bestätigen die Resultate früherer Studien: Der Boden um die Schmelzerei ist stark mit Arsen und anderen Schwermetallen belastet, und die Haarproben der untersuchten Personen weisen erhöhte Arsenwerte auf. Im Vergleich mit Referenzproben aus der namibischen Hauptstadt Windhoek und aus der Schweiz war der Arsengehalt in den Proben aus Tsumeb bis zu 100-mal höher. Sowohl DPM wie auch IXM waren seit langem über die Probleme informiert. Laut einer ehemaligen DPM-Mitarbeiterin wurde der IXM-Hauptsitz in Genf praktisch täglich über die Vorgänge in der Schmelzerei informiert. Trotzdem schritt IXM nicht ein, um Mitarbeitende und die Bevölkerung Tsumeb vor den giftigen Emissionen der Schmelzerei zu schützen.

Ende August 2024 wurde die Schmelzerei abgestossen. Was mit der Arsendeponie geschehen soll, ist unklar, es gibt keinerlei Pläne für eine Sanierung. Weder DPM noch IXM, die über Jahre von der Umweltverschmutzung profitiert haben, müssen Konsequenzen befürchten.

**Mehr Infos:**





## Schweizer Agrarkonzerne profitieren von Abholzung im Amazonas

In Brasilien befinden sich grosse Teile von zwei der wichtigsten Ökosystemen der Welt: der Amazonas-Regenwald und die tropische Savanne Cerrado. Beide sind für das globale Klima elementare Kohlestoffspeicher. Gleichzeitig ist Brasilien der grösste Sojaproduzent und -exporteur der Welt. Die Ausweitung von Sojaplantagen ist nach der Ausweitung von Weideland für die Viehzucht die zweitgrösste direkte Ursache für Abholzung weltweit. Sowohl im Amazonas als auch im Cerrado führt die Abholzung zu massiven Schäden: Bedrohte Tierarten verlieren ihren Lebensraum, einzigartige Ökosysteme werden zerstört und indigene Völker werden vertrieben.

Sechs Agrarhändler, die die Schweiz als Drehscheibe für ihr weltweites Agrar-Business nutzen, verantworten mehr als die Hälfte aller Sojaexporte aus Brasilien: Archer Daniels

Midland, Amaggi, Bunge, Cargill, COFCO International und die Louis Dreyfus Company. Eine weitere wichtige Soja-Händlerin ist die Syngenta-Tochterfirma Nutrade, die bereits mit problematischen Kaffeeexporten in den Schlagzeilen war.

Nun haben mehrere Recherchen von *Mighty Earth* und *Repórter Brasil* aufgedeckt, dass Soja von Produzenten, die für Abholzung im Amazonas und im Cerrado verantwortlich sind, bei den Agrarkonzernen Amaggi, Bunge, Cargill, COFCO International und Nutrade landete.

**Mehr Infos:**



### IMPRESSUM

Dieses Infoblatt wird von der Koalition für Konzernverantwortung publiziert und informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Die Koalition für Konzernverantwortung vereint über 80 Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Entwicklungsorganisationen.

#### KOALITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG

Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern  
031 390 93 36 / [info@konzernverantwortung.ch](mailto:info@konzernverantwortung.ch)

[www.konzernverantwortung.ch](http://www.konzernverantwortung.ch)

